



(c) M. Waibel 2002

Menschenrechte

Waltraut

Vietnam ist eine sozialistische Republik mit einem Einparteiensystem. Die einzig erlaubte Partei ist die Kommunistische Partei Vietnams (KP.V). Obwohl sich das Land wirtschaftlich seit Ende der 80er Jahre geöffnet hat, ändert sich die politische Situation in der Praxis kaum.

Zwar sehen Beschlüsse des Sechsten Parteitages 1986 eine stärkere Trennung von Partei und Staat sowie eine stärkere Betonung der Rechtsstaatlichkeit vor, und bei den Parlamentswahlen 2002 trat eine relativ große Zahl parteiloser Kandidaten zur Wahl an; diese erzielten mit 10,6 % der Stimmen einen beachtlichen Erfolg, doch nach wie vor sind alle gesellschaftlichen Organisationen, wie Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Medien, der Partei unterstellt. Im Jahre 1999 wurde außerdem das Einparteiengesetz fortgeschrieben, und die Gesetze zur Kontrolle der Presse wurden verschärft. So ist Vietnam auf dem Weg in das erste Jahrhundert des dritten Jahrtausends und hat, wie der folgende Bericht zeigen soll, vor allem auf dem Gebiet der Menschenrechte, noch viele Hürden zu überwinden.

Die Entwicklung zw. 1973 und 1985

Im Jahre 1973 kam es zum Abkommen von Paris, in dem ein zeitweiliger Schlussstrich unter den Krieg gezogen werden sollte. Der Vertrag sah den vollständigen Abzug der Amerikaner aus Vietnam vor, während Hanoi im Gegenzug die Regierung von THIEU bis zu den gemeinsamen Wahlen akzeptieren wollte.

Die Vereinbarung zerbrach bereits nach kurzer Zeit. Im Frühjahr 1975 eröffnete Nordvietnam eine Militäroffensive und schon Ende April 1975 nahmen reguläre Einheiten Nordvietnams Saigon ein. Die ersten Monate nach dem Krieg gab es getrennte Regierungen in Nord- und Südvietnam. Im November 1975 kam es dann jedoch zu dem Entschluss, beide Teile, trotz der wirtschaftlichen Unterschiede, zu vereinen. Anlässlich der Nationalversammlung im April 1976 wurden dann Nord- und Südvietnam unter dem Namen „Sozialistische Republik Vietnam“ zusammengeschlossen. Nach der Wiedervereinigung und der versuchten Eingliederung des wirtschaftlich und sozial ganz anders strukturierten Südens, kam es zu ersten Problemen. Im Zuge des sozialistischen Umbaus wurden Hunderttausende verhaftet, die Verbindung zur früheren Regierung oder zu den Amerikanern hatten. Dazu gehörten Armee-Offiziere, Mitglieder verschiedener politischer Parteien oder auch Militärgestaltliche. Die Verhaftungen erfolgten ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. Ein Großteil der Gefangenen wurde zwar nach Tagen oder Wochen freigelassen, Zehntausende aber mussten viele Jahre lang in Umerziehungslagern verbringen. In zwischen 1986 und

1992 erlassenen Amnestien wurden dann auch die übrigen Häftlinge entlassen.

Amnesty International hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die sogenannte „Umerziehung“ einer unbegrenzten „willkürlichen Haft“ gleichkommt und gegen das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren auf der Basis der Unschuldsvermutung verstößt. Die vietnamesischen Behörden argumentierten dagegen, dass für Häftlinge, die sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht hätten und aufgrund eines Gerichtsverfahrens zum Tode verurteilt würden, die „Umerziehung“ die humanste Strafe sei. Schon im Jahre 1976 wurde gegen sogenannte „reaktionäre“ kulturelle Tendenzen scharf durchgegriffen, was mit der Verhaftung von Schriftstellern, Journalisten und anderen Intellektuellen in Saigon einher ging. Ab 1977 versuchte man außerdem alle religiösen Vereinigungen unter strikte staatliche Kontrolle zu bringen. Es wurden nicht wenige Persönlichkeiten der verschiedenen Glaubensrichtungen inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt. Weiterhin wurden viele Menschen verhaftet, die unter Verdacht des Widerstands gegen das kommunistische Regime und dessen Politik standen. Nach Einschätzung von *Amnesty International* waren die meisten



(c) M. Waibel 2001

in Vietnam

Griener

von ihnen politische Gefangene. Sie bekamen entweder kein Gerichtsverfahren oder wurden wegen Vergehen gegen vage formulierte nationale Sicherheitsverordnungen angeklagt. Hunderttausende verließen das Land illegal und haben in den USA, Australien, Kanada und Westeuropa eine neue Heimat gefunden.

Ab 1986

Nachdem im Jahre 1986 mit der Doi Moi Politik begonnen wurde, versuchte man auch im politischen Bereich auf Basis einer „sozialistischen Demokratie“ zu agieren, die der Nationalversammlung eine größere Rolle zuwies und auf einer stärkeren Abgrenzung zwischen Partei und Staat beruhte. Es gab einige kleine Lockerungen: mehr Pressefreiheit, Aufhebung der strengen Kontrolle gegenüber der Kunst, religiösen Zeremonien und auch Auslandsreisen; ebenso gab es neue gesetzliche Entwicklungen, die Menschenrechte zu fördern. So verbot die Strafprozessordnung von 1988 willkürliche Verhaftungen, erkannte den Grundsatz der Unschuldsvermutung an und gewährte Angeklagten einen früheren Zugang zur Rechtsberatung.

Diese Zugeständnisse währten nicht lange. Die Ereignisse in Osteuropa, der Sowjetunion und später auch in China in den Jahren 1989/1990 veranlassten die Parteispitze zu härterem Durchgreifen. Regierungskritiker wurden verhaftet und

zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen waren die wohl bekanntesten Vertreter DR. NGUYEN DAN QUE, DOAN THANH LIEM und DOAN VIET HOAT. Auch Vereinigungen, wie eine Organisation von KP-Veteranen aus dem Süden, die weitere politische Reformen forderten, wurden unterdrückt und deren Führer inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt.

Die KP, die glaubte, das Ende des Kommunismus in Osteuropa sei auf westlich unterstützte Komplote zurückzuführen, warnte die staatlich kontrollierten Medien vor einer „friedlichen Weiterentwicklung“, weil sie darin das herannahende lautlose Ende des Machtmonopols der kommunistischen Partei sah. Das öffentliche Eintreten von Bürgern für ein Mehrparteiensystem wurde als „gefährliches Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ eingestuft und mit hohen Gefängnisstrafen geahndet. Mitglieder der „Bewegung zur Einigung des Volkes und Errichtung der Demokratie“ unter Vorsitz von PROF. NGUYEN DINH HUY, die ein Seminar über Demokratie in Ho Chi Minh Stadt organisieren wollten, wurden verhaftet, ebenso zwei hohe Funktionäre der KP, HOANG MINH CHINH und DO TRUNG HIEU, die radikale politische Reformen für den 8. Parteikongress forderten. Auch HA SI PHU und LE HONG HA gehörten zu den Verfolgten. *Amnesty International* spricht im

Dez. 1995 bereits von mindestens 70 politischen Gefangenen, die tatsächliche Zahl dürfte höher sein. Verlässliche Angaben zu bekommen ist schwierig, weil vietnamesische Behörden nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen die Erlaubnis verweigern, im Land diesbezüglich zu recherchieren.

Religionsgemeinschaften

Buddhistische und christliche Kirchen, die nicht offiziell von der Regierung anerkannt oder kontrolliert werden, sind der Verfolgung ausgesetzt, da sie durch das große Potential von Gläubigen, die sie anziehen, mit den Massenorganisationen der Partei konkurrieren und somit für die Regierung eine unangenehme Herausforderung darstellen. Wenn auch in einem Bericht des Jahres 1998 von dem UN-Sonderberichterstatter für religiöse Intoleranz ABDELFATTAH AMOR die Notwendigkeit festgestellt wird, in Vietnam Reformen zur Sicherstellung von religiösen Freiheiten durchzuführen, so fordert die Regierung immer noch die Registrierung aller religiösen Aktivitäten durch den Staat, beschränkt die Reisen der religiösen Führer und zensiert die Inhalte von Predigten und Reden.

Obwohl sie vorgibt, die Religionsfreiheit zu garantieren, gab die Regierung neue Gesetze heraus, die vorschreiben, dass alle religiösen Organisationen, die dazu benutzt werden, gegen den Staat der So-

zialistischen Republik Vietnams zu op-ponieren, sowie undefinierbare „aber-gläubische Aktivitäten“ durchführen, bestraft werden. Diese Gesetze ermög-lichen umfassende Vorschriften, denen sich religiöse Organisationen unterwer-fen müssen und beinhalten Bestimmun-gen die besagen, dass Seminare religiö-sen Inhalts und die Ernennung von reli-giösen Führern von der Regierung ge-nehmigt werden müssen. Das Gesetz verbietet es religiösen Organisationen auch, Aktivitäten durchzuführen, die ge-gen die „vom Premierminister geneh-migten Strukturen“ gerichtet sind. Die-se Vorschriften richten sich gegen alle religiösen Führer, die einen kritischen Standpunkt gegen die Regierung einge-nommen haben und nach friedlichen de-mokratischen Reformen rufen.

Eines der vielen Beispiele ist der katho-lische Geistliche Father TH. NGUYEN VAN LY, der bereits mehrere Jahre im Gefäng-nis war, weil er friedlich gegen die vom Staat eingeschränkte Religions- und Re-defreiheit protestiert hatte. Im vergan-gen Jahr wurde er erneut zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Auch die *Vereinigte Buddhistische Kir-che Vietnams* (UBCV) hat unter der Ver-folgung des Staates zu leiden. Die UBCV war die vorherrschende buddhis-tische Organisation in Süd- und Zentral-vietnam vor 1975, als die Verwaltung des Eigentums und der Institutionen durch die Regierung übernommen wur-de. 1981 wurde die UBCV von der Re-gierung aufgelöst und durch die staat-lich geförderte *Vietnamesische Buddhis-tische Kirche* ersetzt. Seit dieser Zeit sind die Spannungen zwischen der Re-gierung und der UBCV, welche die Au-torität der *Vietnamesischen Buddhisti-schen Kirche* nicht anerkennt, ständig gewachsen, vor allem in den 90er Jah-ren, als die Regierung zahlreiche der, der UBCV angehörenden Mönche gefangen hielt. Der oberste Patriarch der UBCV, THICH HUYEN QUANG, wurde zum ersten Mal im April 1977, dann nochmals 1982 wegen der öffentlichen Forderung der

Anerkennung der UBCV inhaftiert. Von seinem erzwungenen internen Exil in der Quang Ngai Provinz gab er im Novem-ber 1993 eine Erklärung heraus, die Glaubens- und Religionsfreiheit sowie Menschenrechte von der vietname-sischen Regierung forderte. THICH QUANG DO wurde von nordamerika-nischen und europäischen Politikern für den Friedens-nobelpreis vorgeschlagen.

Ebenso sind Mitglieder der *Hoa Hao Buddhisten Kirche*, die eine der sechs offiziellen Religionen in Vietnam ist, und erst im Jahre 1999 anerkannt wurde, der Verfolgung durch den Staat ausgesetzt. Ihr Gründer HUYNH PHU SO wurde 1945 von den *Viet Minh* ermordet. Dies, so-wie auch ihre antikommunistische Hal-tung und die Beziehungen zu dem frü-heren US- unterstütztem Regime haben zu Repressalien geführt. Fünf Mitglieder der *Hoa Hao Buddhisten Kirche* wurden im September 2000 von einem Gericht zu Gefängnisstrafen verurteilt, in einer Gerichtsverhandlung, die nicht länger als einen Tag dauerte und von der die Öf-fentlichkeit ausgeschlossen war.

Amnesty International nimmt auch in diesen Fällen an, dass die Angeklagten durch unklare Gesetze des vietname-sischen Strafgesetzbuches beschuldigt und ihre friedliche Ausübung der Reli-gion kriminalisiert wurde.

Minderheiten

Auch die Zukunft der geflüchteten Berg-bewohner (*Montagnards*) ist in Gefahr. Sie hatten nach Unruhen zu Beginn des Jahres 2001 die Grenze überquert, um in Kambodscha Asyl zu suchen. Sie müs-sen nun Zwangsrückführungen fürchten. Kambodscha hat zwar 1951 den Vertrag, der sich auf den Status von Flüchtlingen bezieht, unterzeichnet, doch fehlt dem Bericht eines Treffens zwischen Vertre-tern des UNHCR, der kambodschan-ischen und vietnamesischen Regierung jegliche Erwähnung, dass die Rückkehr nach Vietnam freiwillig, und das Recht in Kambodscha Asyl zu suchen, gewähr-leistet sein muss. Da die vietnamesische

Regierung die *Montagnards* als illegale Auswanderer betrachtet, können sie bei ihrer Rückkehr hart bestraft werden.

Dissidenten

Journalisten, Schriftsteller und Juristen sind erneut verstärkter Verfolgung durch den Staat ausgesetzt. Sie werden verhaf-tet, zu Gefängnisstrafen verurteilt, oftmals auch unter Hausarrest gestellt. Hausarrest bedeutet: lange Verhöre durch die Polizei, Einschränkung der Be-wegungsfreiheit, Beschlagnahmung von persönlichen Gegenständen, darunter Papiere und Computerausstattung sowie die Zerstörung von Büchern, die ohne offizielle Genehmigung geschrieben wurden. Die namentlich genannten Dis-sidenten haben das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen, in-dem sie in ihren Artikeln Kritik an der Regierung üben, Reformen fordern, sich mit Korruption befassen oder Artikel aus dem Internet, die das Thema Demokra-tie behandeln, veröffentlichen und somit auch anderen zugänglich machen.

Todesstrafe

Obwohl es in den letzten Jahren zur Ein-schränkung der Anwendung der Todes-strafe gekommen ist, gibt es doch noch immer eine große Bandbreite von Ver-gehen, nämlich 29, die mit dem Tod ge-ahndet werden können. Laut neuesten Statistiken wird die Todesstrafe nach wie vor in hohem Ausmaß angewandt. So wurden allein im Jahre 1999 194 Men-schen zum Tod verurteilt, seit Septem-ber 2000 wurden 187 Todesurteile aus-gesprochen und im Januar 2002 sind bereits 8 Hinrichtungen bekannt gewor-den. Obwohl die Berichterstattung über die Vollstreckung unvollständig ist, hat *Amnesty International* zuverlässige In-formationen darüber, dass die meisten zum Tode Verurteilten auch hingerich-tet werden.

Wie die Zukunft Vietnams in bezug auf die Menschenrechte aussehen wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab, nicht zuletzt von der Veränderung des jetzigen politischen Systems, bezüglich derer es nur Wünsche, jedoch keine Pro-gnosen gibt.